

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Das für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei halbjährlicher Zahlung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei jährlich zweimaligen Versand monatlich M. 3.—.
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige Zeile mit breiter Seite M. 8.—, engerer Seite M. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Zeichen und Wohnungsanzeigen, 10spaltige Zeile und darüber 25% Zuschlag. Kurzfristige Anzeigen nach Vereinbarung. Einzelhefte des Vorabendblattes M. 1.50.

Schriftleitung und Schriftsetzkunst:
Merkelstraße 38/40.
Zusatz u. Verlag von Bleyß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Inverlangte Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Ein neuer Anleiheplan Lond Georges.

Eine kleine Ententeanleihe für Deutschland.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.)

Paris, 25. Juli. Die die augenblicklichen englischen Anstalten sind, geht aus einem Interview hervor, das ein Korrespondent der „Continental News“ mit einem fremden Diplomaten in London hatte. Dieser autorisierte Diplomat erklärte, daß England die Moratoriumsfrage durchdrücken werde und zwar in der Richtung, ein Moratorium für ein bis zwei Jahre für Deutschland zu erhalten. Dagegen scheint die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland endgültig abgetan zu sein, da England jetzt eine Anleihe empfiehlt, welche die Alliierten gemeinsam an Deutschland geben, dabei aber von Deutschland die volle Zustimmung zu einem sehr weitgehenden Kontrollsystem der deutschen Finanzen fordern sollen. England will in diesem Punkt Frankreich besonders entgegenkommen, obwohl nicht zu verstehen ist, daß auch englische Interessen bei der Kontrolle der deutschen Finanzen vorliegen. Deutschland würde nicht über die von den Alliierten zu erhaltende Anleihe verfügen dürfen, sondern einen Teil von vornherein an Frankreich zur Entschädigung abtreten. Ueber die Verwendung der anderen Gelder würden die Alliierten durch eine Kontrollkommission entscheiden. In England denkt man sich diese alliierte Anleihe nicht besonders hoch, sondern gerade ausreichend, um Ordnung in die deutschen Finanzen zu bringen, weil man der Ansicht ist, daß der deutsche Staatshaushalt unter der Kontrolle sehr schnell ins Gleichgewicht zu bringen sei. Letzteres wollen die Alliierten dadurch erreichen, daß sie die Staatseinnahmen so lange erhöhen, bis der Ansehlich erreicht ist. Erst nachdem im deutschen Staatshaushalt volle Ordnung eingetreten sei, will man Deutschland gestatten, eine internationale Anleihe aufzunehmen, durch die dann zunächst der ganze Rest der Entschädigungsausprüche getilgt werden soll. Dieses Verfahren, dessen Resultat im voraus nicht zu übersehen ist, wird nach englischer Berechnung etwa acht bis zehn Jahre dauern, ehe der internationale Ausgleich, d. h. die letzte Entschädigung von Deutschland gezahlt werde, so daß Deutschland frühestens 1930 seine volle Freiheit zurückzuerhalten könnte.

Die Frage zur Befehung, welche die Franzosen bis zu diesem Zeitpunkt handhaben wollen, will England dadurch lösen, daß die Alliierten eine gemeinsame Befehung in geringerem Umfang als bis jetzt durchzuführen. Ob die Kosten hierfür auf Deutschland abzuwälzen sind, ist noch unklar. Eine Erleichterung der ganzen Entschädigungsangelegenheit könnte noch eintreten, falls Amerika sich bereit finden würde, den Schuldenausgleich mit den Alliierten vorzunehmen. Hierin sind die Ansichten aber sehr unähnlich.

Weitere Einladungen nach London.

Paris, 25. Juli. „Chicago Tribune“ meldet: Die englische und die französische Regierung sollen Belgien und Italien gestern zur Entsendung eines Vertreters zur Londoner Konferenz aufgefordert haben. Auch Spanien wurde eingeladen. Angesichts des nahe bevorstehenden Zeitpunktes der Konferenz beschloß die Reparationskommission, die Beantwortung des deutschen Moratoriums-gesuches aufzuschieben, bis die Regierungen darüber verhandelt hätten. (W. L. B.)

Zur Reise Poincarés nach London.

Paris, 25. Juli. Poincaré meldet aus London: Lord Balfour soll gestern Poincaré mitgeteilt haben, daß die britische Regierung sehr glücklich sei, ihn in der nächsten Woche, so wie er vorzöge, in London zu sehen. Die italienische Kabinettskrisis könnte jedoch die Italiener verhindern, ihre Vertreter zu einem so nahen Zeitpunkt zu entsenden. Außerdem sei wegen der verschiedenen Fragen, die im Laufe der Konferenz zu diskutieren seien, die Anwesenheit von Vertretern Belgiens und Spaniens notwendig. (W. L. B.)

Wichtige Pläne Rathenaus in der Kriegsschuldfrage?

Berlin, 26. Juli. Die „Täg. Rundsch.“ erfährt aus Finanzkreisen, Rathenau habe am Tage seiner Ermordung unmittelbar vor wichtigen Kundgebungen in der Kriegsschuld- und Kriegsschuldfrage zur Entgiftung der europäischen Atmosphäre geredet. Er habe sich dabei eine harte Forderung der Moratoriums- und Anleiheverhandlungen versprochen. Die deutsche Regierung warte auf die Rückkehr Solfs, um mit ihm zu verhandeln, ob er sich in der Lage fühle, die Vorbereitungen Rathenaus auszuführen.

Die deutschnationale Volkspartei zur Annahme der Finanzkontrolle.

Berlin, 26. Juli. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat der „Deutschen Tagesztg.“ zufolge eine Erklärung an den Reichstagspräsidenten Löbe gerichtet, in der sie gegen die Annahme des Memorandums des Garantiefinanzwesens durch die Reichsregierung scharfsten Einspruch erhebt und bemängelt, daß die Reichsregierung die Zustimmung des Reichstages zu diesem Schritt nicht eingeholt habe. Die deutschnationale Fraktion verlangt angesichts dieser Sachlage die sofortige Einberufung des Reichstages.

Neue Kabinettsberatungen in Berlin.

Sachliche Haltung der Reichsregierung. — Bevorstehende Regierungserklärung? — Politische Gerüchte.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Juli. Seit heute mittag 12 Uhr ist das Reichskabinetts verformelt. Reichsminister Brauns und Reichswehrminister Dr. Götter sind zurückgekehrt und ebenso der Minister des Innern, der gestern nicht anwesend war, weil er auf einer Fährreise durch den Harz die Rückberufung nicht rechtzeitig erhalten hatte. Die Stimmen innerhalb des Kabinetts, die durch eine rein formaljuristische Weiterverfolgung der durch den Münchner Schritt geschaffenen Lage vor dem Reichsgericht nicht seine Schritte zu nehmen glauben, sind der „D. N.“ zufolge ziemlich zahlreich. Ausdragen, die zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler gestern Abend stattfanden, dürften zu einer deutlichen Umkehrung der Maßnahmen geführt haben, die zur Wahrung der Reichsinteressen geeignet und notwendig sind. Reichsjustizminister Professor Rabruck setzte gestern die Rechtslage näher auseinander und wurde mit der Ueberreichung eines Rechtsgutachtens für die heutige Sitzung beauftragt. Die angefordigte Einberufung des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages hat mit den einzuleitenden Schritten unmittelbar nichts zu tun. Sie ist erforderlich zur Feststellung darüber, ob die Mehrheit des Reichstages dessen Einberufung wünscht.

Die Dema berichtet, schon jetzt könne gesagt werden, daß voraussichtlich der Reichspräsident zunächst nicht in Aktion treten werde, d. h. also, eine Aukerkräftigung der bayerischen Regierungsverordnung durch den Reichspräsidenten scheint im Augenblick nicht in Frage zu kommen. Die Reichsregierung werde sich heute darüber schlüssig zu werden haben, ob zur Fällung der Reichsentscheidung das Reichsgericht bzw. der in Art. 19 der Reichsverfassung vorgesehene Staatsgerichtshof angerufen werden soll, oder ob es zweckmäßiger erscheint, den Reichstag einzuberufen und es ihm zu überlassen, auf Grund Art. 48 der Verfassung von Bayern die Aukerkräftigung der erlassenen Verordnung zu fordern. Das Ergebnis der heutigen Kabinettsberatung wird in einer Erklärung der Reichsregierung formuliert werden, die den Standpunkt des Reiches genau präzisieren wird.

Ein bayerischer Vermittlungswunsch?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Juli. Der volksparteiliche „Bayr. Courrier“ bemerkt zu den Redungen von einem baldigen Zusammentritt des Reichstages, der die Entscheidung beschleunigen müßte: „Wir halten die Gefahr für so nahelegend, daß man sich auf diese Art so rasch und so gründlich wie möglich auszusprechen müßte... Wenn die Reichsregierung immer

noch glaubt, daß sich vielleicht die Möglichkeit einer Vermittlung bietet, so hängt das ganz von der Haltung der Reichsregierung ab. Die Regierung Verchenfeld trägt hierfür keine Gewähr nach unheilbaren Gefährten.“ — Aus diesen Äußerungen des Parteivorsitzenden der Bayerischen Volkspartei kann man, wie die „D. N.“ meint, den Wunsch nach einer baldigen Vermittlung herausgehören. Die Durchsetzung des Streites auf dem Rechtsweg, d. h. vor dem Reichsgericht, würde jedoch ein paar Wochen Zeit zu Ausgleichsverhandlungen lassen. In Norddeutschland würde man zweifellos jede gütliche Beilegung des Konflikts mit Bayern herzlich begrüßen. Es ist wirklich überflüssig, wenn heute schon eine Ulegen- oder Brechen-Politik mit allen ihren Konsequenzen, a. B. wirtschaftlichen Zwangsmitteln gegen Bayern usw., erdriert werde. Aber deshalb dürfte die prinzipielle Grundlage des ganzen Streites nicht verworfen werden, sonst würde ihre Auswirkung höchst folgschwer werden. Die geführte Rede Verchenfelds war natürlich nicht weniger als die Rede eines Mannes, der die Reichsentscheidung sabotieren will, und in der Aufrichtigkeit seiner Reichstreue und seines Verantwortlichkeitsgefühls dürfte man noch Zutrauen haben. Solange Verchenfeld an der Spitze der bayerischen Regierung steht, brauche man nicht von bayerischen Reichsandränggedanken zu sprechen. Trotzdem habe auch Verchenfeld den sehr verhängnisvollen Satz gesprochen, daß bayerische Lebensfragen vom Reichstage nicht majorisiert werden könnten. Diese Anschauung, wenn sie, in allen ihren Folgen durchgedacht, ausgesprochen worden wäre, müßte die parlamentarische Grundlage der deutschen Reichsverfassung und damit die Existenz des Reiches selbst vernichten. Das sei unmöglich, und daß das unmöglich sei, müsse Bayern von den höchsten Rechtsinstanzen des Reiches möglichst schnell festgestellt werden.

Die Aussprache im bayerischen Landtag.

München, 26. Juli. Nachdem der bayerische Landtag gestern dem Kabinetts Verchenfeld ein Vertrauensvotum ausgesprochen hat, begann heute vormittag die große politische Aussprache. Es lagen zwei Interpellationen vor, eine der Bayerischen Volkspartei über die Beziehungen des Hochverrätters Freiherrn Hubert v. Reoprechting zu Vertretern des Reiches, und eine der Deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei wegen politischer Uebergriffe des Reiches in Bayern. Der Ministerpräsident hat sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation, deren Besprechung verbunden wird, bereit erklärt.

Dollar (Amtlich): 513,70

Vom Hottentottenaufstand in Südwestafrika.

In der letzten Nummer der „Afrika-Nachrichten“, des in Leipzig erscheinenden Blattes der Kolonialdeutschen, macht Regierungsrat Dr. Dannert auf Grund eines Südwest-Privatbriefes, nach dem die Eingeborenen die Rückkehr der deutschen Regierung verlangen, interessante Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Mit großem Geschick haben die Engländer bisher jede Nachricht über den Aufstand der Hottentotten, der anscheinend inzwischen auch auf Teile der Bantus übergegriffen hat, unterbunden. Insbesondere ist bisher nichts über den eigentlichen Grund des Aufstandes bekannt geworden, der augenscheinlich lediglich in der Miswirtschaft der jetzigen Mandatsregierung zu suchen ist. Wir sind heute in der Lage, aus einem Südwest-Privatbriefe Einzelheiten über den Aufstand und seine Ursache mitteilen zu können; in dem vom 18. Mai 1922 datierten Briefe heißt es:

„Seit Donnerstag letzter Woche haben wir hier einen kleinen Eingeborenenaufstand. Die Bondelswarts im Distrikt Warmbad haben losgeschlagen. Im vorigen Jahre schon verweigerten sie die Einrichtung der Grundsteuer; man ließ es ihnen in der bekannten Nachsichtigkeitsschuldigkeit hingehen. In diesem Jahre daselbe Spiel! Der Magistrat forderte Zahlung! Ein Vorkauf wollte dabei einen Burischen verhaften; der Junge wurde befreit und der Vorkauf durch die Bondels mit 25 Hieben bestraft. Der Magistrat schickte erneut Postläufer mit einer Vorladung an die Vorkaufe. Er bekam eine recht wenig höfliche Antwort. Dann ging der Major van Koller, Chef der Polizei, mit acht Postläufern hin. Ueber den Verlauf dieser Verhandlung ist noch nichts bekannt geworden. Da Koller in Meeremannshoop feinerlei militärische Depots hat, werden von Windhof seit Freitag Abend dauernd Transporte abgefahren mit Waffen, Geschützen und Munition. Freiwillige sind aufgeboden. Gestern Abend zogen 80 Freiwillige mit Gebirgsbüchsen ab. Die Windhufers Automobile sind requiriert und warten auf Befehl. Aus den Hereros der Windhufers Werk wurden 100 Jungen als Transportjungen usw. aufgeboden, die aber geschlossen die Hererosfolge verweigerten und sagten: „Die Buren sollten ihren Drogen alleine klar machen.“ — Gerüchte melden, daß drei Burenfamilien von den Bondels ermordet worden sind. Die Bondels erklärten, daß sie die deutschen Farmer verschonen würden. Einen Vermittlungsversuch des Paters v. Krosinowski haben sie abgelehnt und erklärt, daß sie mit der Mandatsregierung und der Burenwirtschaft nichts zu tun haben wollten. Gerüchte gehen, daß auch die Bantus hinter dem Oranje bei den Bondels angefallen, und daß die Bantus ungefähr 1000 waffentragende Männer stark sein sollen, die sich in den Bergen verschanzt halten. Es ist schwer, genaue Nachrichten zu geben, weil amtliche Berichte nicht herausgegeben werden! Der Platz Warmbad ist geräumt. Die Bewohner sind nach Kalkfontein-Süd unter Bedeckung in Sicherheit gebracht worden. In Upington (Uniongebiet) ist eine Schwadron Flugzeuge eingetroffen. Die Absperrung des Aufstandsgebietes ist im Ganzen. Truppen aus Potchefstroom sind unterwegs. In Windhof werden Pferde angekauft. Die Eisenbahnverbindung ist zunächst nicht in Gefahr. Inwieweit eine Gefahr für das ganze Land droht, ist heute noch nicht zu übersehen. Es gibt überall! In Omaruru (Hererosland) haben Eingeborene an auffälliger Stelle angeschrieben, sie wollten kein Burenmandat, sie wollten ihr Land wiederhaben, und, wenn schon die Bantus herrschen sollten, es wenigstens Amerikaner sein (falls es die Deutschen nicht sein könnten). In Windhof haben nicht nur die Hereros, sondern auch sämtliche anderen Eingeborenen die Hererosfolge verweigert. Natürliche große Mut in Regimentsstreifen. In den Verhandlungen, die ergebnislos verliefen, haben die Bondels erklärt, daß sie seit 1906 nach dem Friedensschluß mit den Deutschen immer zufrieden geblieben hätten; man solle ihnen die deutsche Regierung wiedergeben, und „der Drogen sei dann klar“ sei erledigt. Mit dem Mandat wollten sie nichts zu tun haben.“

In unabweisbarer Weise haben danach die Eingeborenen der beiden Hauptstämme Südwests, die Hottentotten und Hereros, auf zu verheßen gegeben, daß sie von der englisch-burischen Mandatsverwaltung des Schutzgebietes nichts wissen wollen und die deutsche Regierung dafür zurückverlangen, unter der sie nach ihrer eigenen Angabe zufrieden geblieben haben. Ein neuer Beweis für die verlorene Propaganda unserer Kriegsgegner, mit der sie das deutsche Volk um seine so wertvollen Kolonien zu betrüben wüßten; wurde doch gerade bezüglich der Hereros und Hottentotten behauptet, sie hätten sich unter unserer Herrschaft besonders unzufrieden gefühlt! Und nun wünschen gerade diese Stämme die angeblich so schlechte deutsche Schutzverwaltung zurück! Kann es einen besseren Beweis für die traurige Miswirtschaft des Mandatsstufens geben? Und gibt es für den Anspruch Deutschlands auf Rückgewinn seiner ehemaligen Kolonien einen besseren Beweis, als daß sich die Eingeborenen dieser Gebiete ihr Selbstbestimmungsrecht den Mandatären gegenüber schon mit der Waffe in der Hand zu erzwingen versuchen, da es ihnen schände vorenthalten wird, dieselben Eingeborenen, die lange Kriegsjahre hindurch der sie angeblich so mifshandelnden deutschen Verwaltung die treueste Hererosfolge leisteten? Man darf gespannt sein, welche Begründung die Engländer für ihre „humane Kriegsführung“ geben werden, die nach eingelaufenen Nachrichten darin besteht, daß sie die nur noch von Weibern und Kindern bewohnten